

Mehr wissen über Wirtschaft: Mit ihrem Vorstoß könnte Ute Eiling-Hütig, die neue Bildungsministerin im Land, offene Türen einrennen. Zumindest bei Schülerinnen und Schülern. Denn junge Menschen sind interessiert an Finanzthemen, glaubt man Studien wie jener des Bankenverbandes. Dessen Jugendstudie von 2024 zeigt: Über 90 Prozent der befragten 14- bis 24-Jährigen wünschte sich mehr Finanzthemen im Unterricht, sogar ein eigenes Fach. Denn viele meinten, in ihrer Schulzeit kaum etwas über Wirtschaft und Finanzen gelernt zu haben – laut Bankenverband 80 Prozent. Auf ihrem Wunschzettel: mehr Wissen über den Umgang mit Geld, Altersvorsorge, über das Finanzsystem.

Wie viel junge Menschen tatsächlich über Wirtschaft und Wirtschaften wissen, lässt sich aber nicht verlässlich sagen. Dazu fehlen Daten. So nehmen die Bundesländer beispielsweise nicht am PISA-Finanzkompetenztest teil. Die Finanzkompetenz der erwachsenen Deutschen hat die OECD dagegen untersucht. Ein schlechtes Zeugnis gab es zwar zuletzt nicht, doch Verbesserungsbefehl haben die Wissenschaftler sehr wohl ausgemacht. Etwa bei der Altersvorsorge: Nur 52 Prozent der Erwachsenen im Erwerbsalter zeigten sich bei der Befragung zuversichtlich, dass sie gut für ihr Alter vorsorgen. Bedarf sieht die OECD ebenfalls bei der Vermeidung von Überschuldung und beim Umgang mit Krediten, aber auch bei der Teilnahme am Finanz- und Kapitalmarkt und der digitalen Finanzkompetenz. Weniger als die Hälfte der Erwachsenen fühlte sich sicher im Umgang mit digitalen Finanzdienstleistungen – leichte Beute für Betrüger. Unterm Strich befürwortet die OECD auch für Deutschland eine nationale Finanzkompetenzstrategie, wie sie schon in anderen Industriestaaten existiert. Eine Anregung, die 2024 von der damaligen Bundesregierung aufgenommen wurde. Die Frage, wie es damit unter der aktuellen Regierung steht, ließ das Finanzministerium bisher offen.

Schlechte Noten würde auch Thomas Beutler aus Zweibrücken seinen Kunden nicht unbedingt ausstellen: Inzwischen kämen viele Ratsuchende zu mindestens einem Halbwissen, sagt er. Beutler berät zum einen bei der Verbraucherzentrale Saarbrücken und zum anderen im eigenen Hamburger Unternehmen als unabhängiger Honorarberater – also ohne Provision für verkaufte Finanzprodukte. Ein großes Problem für Verbraucher sieht der Betriebswirt aber in der Flut der Informationen. Vor allem auf Social Media-Kanälen gebe es permanente Verleumdungen. Gerade für junge Menschen, schwer habe es dann, wer vorher nicht gelernt habe, einmal zu sparen und zu verzichten.

Wie schwer es ist, Versuchungen zu widerstehen, zeigt allein der Blick in den Schuldneratlas der Auskunftei Creditreform von 2025. Dort registrierten die Fachleute den höchsten Anstieg der Überschuldungsquote bei den unter 30-Jährigen: Knapp sieben Prozent konnten Forderungen gar nicht mehr begleichen. Ein Grund dafür: zunehmende Ratenkredite und Angebote wie „Buy now, pay later“, vor denen Verbraucherschützer immer wieder warnen.

Die Finanzbildung sei in den vergangenen zwei Jahrzehnten besser geworden, stellt Finanzexperte Hartmut Walz fest. Er hat 33 Jahre lang Finanzwirtschaft an der Hochschule in Ludwigshafen unterrichtet und setzt sich außerdem für Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen ein. Aber, sagt auch er, die Fehlinformation habe zugleich signifikant zugenommen, vor allem in den Sozialen Medien. Ein Beispiel: Da würden etwa Fonds-Policen beworben, die angeblich enorme Steuerersparnisse ermöglichen. In Wahrheit lösten diese Verbraucher diese Verträge auf, ohne dass sie von den beworbenen Steuervorteilen profitierten. Die Auszahlung werde dann um die Steuern und die hohen Kosten der Police gekürzt – oft komme nicht mal die Summe der eingezahlten Beiträge zurück. Und geringere Steuern weiterer Policen seien meist dadurch bedingt, dass deren hohe Kosten eben zu niedrigen steuerpflichtigen Gewinnen führen.

Junge Menschen seien durch solche Angebote besonders gefährdet, meint Walz. Denn dort habe sich zunehmend die Vorstellung verbreitet, schnell reich werden zu können – vor



Foto: Imago / Alupics

Schulen in Rheinland-Pfalz sollen gezielter ökonomische Bildung vermitteln; das hat die neue Bildungsministerin angekündigt. Ein Anlass zum Nachhaken: Wie steht es denn um allgemeines Wirtschaftswissen und warum ist es wichtig? Von Mechthild Treusch

allem wegen unrealistischer Versprechen unseriöser Influencer. Mehr ökonomische Bildung an Schulen begrüßt der Finanzexperte daher – sofern sie nicht gesteuert ist von kommerziellen Interessen.

Und was sollten junge Menschen vor allem lernen? Mit Blick auf die persönliche Finanzplanung hält Hartmut Walz vor allem Folgendes für wichtig: ein Verständnis für den Schaden von Inflation und für Vorteile von Diversifikation bei Anlagen. Wissen darüber, wie der Zinseszinseffekt funktioniert und warum der Blick auf Kosten und Gebühren so wichtig ist. Honorarberater Thomas Beutler fasst seine Ratschläge weiter. Um oft gesehene Fehler zu vermeiden, sagt er, sollten junge Menschen vor allem Folgendes berücksichtigen: Erstens werde nichts geschenkt, es werde immer ein Preis für ein Angebot geben. Zweitens gebe es keinen schnellen oder geheimen Weg zum Reichtum. Drittens dürfe man dem

Gegenüber nicht einfach vertrauen, sondern müsse dessen Aussage prüfen. Denn, viertens, es gebe keine Samariter – jeder habe sein Interesse.

Bei ökonomischer Bildung geht es allerdings um mehr als um Tipps für die Altersvorsorge. Finanzbildung sei auch in Hinblick auf volkswirtschaftliche und politische Stabilität wichtig, stellt Tim Kaiser fest. Der Bildungsökonom lehrt an der RPTU Kaiserslautern-Landau Volkswirtschaftslehre, forscht am Kieler Institut für Weltwirtschaft und hat unter anderem die OECD beraten. Nur ein Beispiel ist für ihn die Geldpolitik von Notenbanken. Wenn eine Zinserhöhung angekündigt werde, sollten Verbraucher wissen, was das für ihre Konsum- und Sparscheidungen bedeute.

Erhöht eine Zentralbank den Leitzins, hat das nämlich Auswirkungen auf Zinsen, die Verbraucher direkt betreffen, wie Kredit- und Sparzinsen. Steigen diese, leihen sich Menschen weniger Geld und sparen mehr. Das

dämpft zwar Wirtschaftswachstum, aber Preise steigen nicht. Eine Leitzinserhöhung dient daher dazu, bei steigender Inflation Verbraucherpreise zu stabilisieren und den Markt im Gleichgewicht zu halten. Wer also bei steigenden Zinsen weiter auf Pump konsumiert, verliert nicht nur Geld, sondern hemmt auch gewünschte Effekte einer Zinserhöhung.

Ökonomisches Grundwissen spiele aber auch für eine funktionierende Demokratie eine Rolle, betont Kaiser. „Es ist wichtig zu verstehen, in welcher Ordnung wir leben.“ Wer dies nicht wisse, der könne auch wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht einstufen. Wie ökonomische Grundkompetenzen sich auf politische Präferenzen niederschlagen, hat er gerade mit Wissenschaftlern des Münchner Ifo-Instituts untersucht. Die Ergebnisse sollen im Herbst vorliegen.

Dass nun in Rheinland-Pfalz ökonomische Bildung stärker in den Fokus rücken soll, begrüßt Tim Kaiser. Herausforderungen wie der demografische Wandel sorgten dafür, dass die Eigenverantwortung des Einzelnen stärker in den Vordergrund rücke. Wie etwa bei der Frühstartrente für Kinder, bei der vom Staat gezahlte Beiträge am Kapitalmarkt angelegt werden sollen. Das setze ein gewisses Grundverständnis bei Eltern voraus, sagt der Ökonom – begleitende Maßnahmen seien daher sinnvoll, damit alle profitierten. Einen Lerneffekt könne dies aber durchaus schaffen. Und wie sollte Wirtschafts-Lernen an Schulen aussehen? Ein eigenes Fach, wie es in Baden-Württemberg und in Bayern existiert, hält der Bildungsökonom nicht für unbedingt notwendig – obwohl er die Einführung eines Fachs in Baden-Württemberg in einer Studie mitbegleitet und positive Effekte festgestellt hat. Damit liegt er zunächst auf einer Linie mit der neuen rheinland-pfälzischen Bildungsministerin, die ökonomische Inhalte weiterhin auf mehrere Fächer verteilen will.

Eine breite Streuung befürwortet Kaiser jedoch nicht. Es müsse eine klare Verankerung geben, sagt er. In einem Fach „Politik und Wirtschaft“ könne etwa der Schwerpunkt auf Wirtschaft oder auf Politik liegen. Verbindliche Wirtschafts-Anteile seien wichtig. Auch mit Blick auf Ausbildung und Kompetenz einer Lehrkraft, die dann etwa die Qualität von angebotenem Unterrichtsmaterial besser einschätzen könne. Nicht zuletzt ist da der Schullalltag. Es sei viel Druck im System, sagt Kaiser – und im Zweifel gingen ökonomische Themen unter, wenn sie nicht verpflichtend seien.

HOHE KANTE

Dax zeigt nur Ausschnitte

Der deutsche Leitindex Dax ist kein Maßstab, um die Lage der deutschen Wirtschaft zu bewerten.

VON HARTMUT WALZ

„Ich finde es widersprüchlich, dass der Dax derzeit von einem Rekord zum nächsten eilt, während seitens der deutschen Wirtschaft eine Krisenmeldung nach der anderen kommt. Spielen die Märkte verrückt?“



Der scheinbare Widerspruch lässt sich damit erklären, dass der Dax nur einen kleinen und überhaupt nicht repräsentativen Ausschnitt der hiesigen Wirtschaft abbildet. Er sollte als deutscher Leitindex Dax besser Dax 40 genannt werden, denn er errechnet lediglich die Wertentwicklung der 40 größten und liquiden Unternehmen des deutschen Aktienmarktes. Diese haben jedoch oftmals hohe Umsatz- und Gewinnanteile aus Geschäften außerhalb Deutschlands. Daher hängen ihre Bewertungen – also Börsenkurse – nur wenig von der Konjunktur Deutschlands ab. Beispiel Deutsche Telekom: Gerade mal ein gutes Fünftel, nämlich 21,5 Prozent des Konzernumsatzes, wurde 2025 hierzulande erwirtschaftet. Aus dem restlichen Europa kommen nur 10,6 Prozent Umsatz hinzu. Jedoch entfallen auf die USA-Tochter (T-Mobile US) fast zwei Drittel, nämlich 65,6 Prozent aller Umsätze. Die zu 100 Prozent noch fehlenden 2,3 Prozent werden in anderen außereuropäischen Ländern verdient.

Ein Blick auf die anderen Mitglieder der DAX-Familie – insbesondere den MDAX (mittlere Unternehmen) und SDAX (small – also kleinere Unternehmen) ergibt schon ein eher nüchternes Bild. Beispielsweise liegt der aktuelle Indexstand des MDAX um etwa 11,5 Prozent unter seinem historischen Hoch im September 2021 – also vor Beginn des Krieges in der Ukraine. Die vielen Unternehmen des deutschen Mittelstandes – jahrzehntelang die Stütze des sogenannten Wirtschaftswunders – sind nicht börsennotiert, ihre Entwicklung kann daher in keinem Index sicherbar gemacht werden. Im Ergebnis sollten wir daher Nachrichten über Dax-Rekorde nicht als Hinweise auf den Zustand der hiesigen Wirtschaft missverstehen.

Sie haben Fragen rund um Ihr Geld? Schreiben Sie uns an ras-hohekante@rheinpfalz.de.

Hartmut Walz ist Finanzprofessor an der Hochschule Ludwigshafen. www.hartmutwalz.de

WOCHENSALDO

Schul-Wirtschaft

Nachsitzen! Das lässt sich zum Umfang der ökonomischen Bildung an Schulen feststellen.

Dass eine ökonomische Grundbildung an Schulen sinnvoll ist, ist Konsens. Wie Schulen diese vermitteln, hängt aber vom Bundesland ab. Das Institut für ökonomische Bildung hat 2024 ermittelt, welchen Anteil ökonomische Bildung in Bundesländern einnimmt, gemessen am Umfang eines Nebenfaches Wirtschaft. Dabei flossen sowohl Unterrichtsanteil als auch die Lehrkräfteausbildung ein. Ergebnis: Die ökonomische Bildung sei im Durchschnitt nicht mal halb so umfassend verankert wie ein normales Nebenfach. Dabei gibt es Unterschiede. Niedersachsen war mit 72,3 Prozent Spitzenreiter, gefolgt von Bayern (65) und Baden-Württemberg (63,8). Hinten lagen das Saarland (33,6), Rheinland-Pfalz (29,7) und Sachsen (21,9). Aber: Über die Qualität der Lehr-Inhalte sagt dies nichts aus. [tr]

WIRTSCHAFTSWISSEN: WIE ES SCHULEN VERMITTELN

DEUTSCHER FLICKENTEPPICH Bei ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen setzt jedes Bundesland eigene Schwerpunkte. In Baden-Württemberg etwa ist „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ (WBS) und in Bayern „Wirtschaft“ an weiterführenden Schulen seit Jahren ein Pflichtfach. Andere wie Niedersachsen „verteilen“ ökonomische Inhalte auf Fächer. In Rheinland-Pfalz ist Wirtschafts-, Finanz- und Verbraucherbildung als Querschnittsaufgabe verankert: vor allem in Lehrplänen der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer (Sozialkunde, Erdkunde, Gesellschaftslehre), dazu an Integrierten Gesamtschulen und Realschulen plus in Wahlpflichtfächern.

WAS RHEINLAND-PFALZ TUT Ein eigenes Schulfach will die neue Bildungsministerin Ute Eiling-Hütig nicht einrichten. Etwa deshalb, weil der fächerübergreifende Ansatz eine inhaltliche und methodische Vielfalt ermöglicht und Schüler ein breites ökonomisches Spektrum kennenlernen. Zudem müssten dafür andere Fächer Stunden abgeben. Allerdings sollten die bisherigen Ankerfächer Sozialkunde, Gesellschaftslehre und Wahlpflichtfächer stärker ökonomisch profiliert werden, womit mehr Zeit für ökonomische Themen vorgesehen sei. Das Ministerium will Schülerunternehmen vermehrt

fördern. Außerdem werde es zusätzliche Beratungs- und Qualifizierungsressourcen auch für Lehrkräfte geben.

WAS LEHRER MEINEN

Die Stärkung ökonomischer Bildung unterstützt der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Rheinland-Pfalz. Ein eigenes Fach hält der Vorsitzende Lars Lamowski nicht für nötig. Lehrkräfte müssten aber für projektorientierten Unterricht mehr Zeit haben. Dafür müssten Schulen von der Struktur her neu gedacht werden, man brauche mehr Personal und multiprofessionelle Teams. Der Lehrplan müsse entpuppt werden, Lehrkräfte müssten in der Ausbildung dafür qualifiziert und mit Materialien unterstützt werden.

MIT EXTERNEM WISSEN

Eine entscheidende Rolle bei der ökonomischen Bildung spielen für das Ministerium Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Verbänden, Kammern oder Kreditinstitute, die weiter ausgebaut werden sollen. Auch die Verbraucherzentrale ist Partnerin. Externe Lehr- und Lernangebote prüfen die Beratungsgruppe Ökonomische Bildung am Pädagogischen Landesinstitut und das Bildungsministerium. Auch bei Fortbildungen der Lehrkräfte werde auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung verwiesen, so das Ministerium. [tr]